

Ruth Schöffl

Presse- und
Öffentlichkeitsarbeit
UNHCR – Flüchtlings-
hochkommissariat der
Vereinten Nationen



Ruth Schöffl leitet seit 2010 die Abteilung Öffentlichkeitsarbeit bei UNHCR Österreich. Davor war sie im NGO-Bereich tätig und hat bei Caritas Wien und GLOBAL 2000 ebenfalls im Bereich Öffentlichkeitsarbeit gearbeitet. Sie hat in Wien Publizistik und Französisch studiert und nach ihrem Studium einige Jahre in Brüssel gelebt und gearbeitet. Für UNHCR und die Caritas hat sie Auslandseinsätze in Haiti und dem Tschad absolviert.

Welche Aufgaben erfüllt UNHCR Österreich?

UNHCR Österreich besteht aus rund 12 Personen und ist stark auf nationale Agenden in Österreich fokussiert. Wir sind in Österreich nicht in der Erstbetreuung von Asylsuchenden operativ tätig, sondern primär in politischen Prozessen und im Monitoring aktiv. Wir haben Zugang zu allen Betreuungseinrichtungen, können Besuche ohne Vorankündigung durchführen und waren lange Zeit auch die einzige Organisation, die Zutritt zum Erstaufnahmezentrum Traiskirchen hatte. Wir haben uns darüber hinaus dutzende andere Einrichtungen angesehen und uns für einheitliche Unterbringungsstandards eingesetzt.

Im rechtlichen Bereich beschäftigen wir uns beispielsweise mit den Asylgesetznovellen, die es in Österreich vergleichsweise häufig gibt. Ein weiteres Anliegen ist die Qualität der Asylverfahren. Wir haben gerade ein Curriculum für Dolmetscher und Dolmetscherinnen im Asylverfahren

entwickelt, das nun bereits von den Volkshochschulen als Lehrgang angeboten wird.

In der Öffentlichkeitsarbeit legen wir derzeit den Fokus auf Jugendliche. Wir haben umfangreiches Lehrmaterial erstellt, das Kindern und Jugendlichen das Thema Flucht und Asyl näher bringt. Momentan arbeiten wir gerade an einem weiteren Leitfaden, der Lehrerinnen und Lehrer auch im Umgang mit traumatisierten Kindern und Jugendlichen unterstützen soll. Für unbegleitete minderjährige Asylsuchende haben wir kindgerechte Informationen entwickelt, um sie über ihr Asylverfahren zu informieren.

Integration ist natürlich auch ein Thema für uns: Mit einem Bildungswegweiser wollen wir Kindern, Jugendlichen und Eltern das breite Spektrum an Ausbildungs- und Berufsmöglichkeiten in Österreich eröffnen. Dafür entwickeln wir derzeit verständlich gestaltete Informationen, in der auch spezifische „Role-Models“ präsentiert werden.

In anderen EU-Ländern ist UNHCR mittlerweile auch operativ bei der Versorgung und Betreuung der Flüchtlinge und MigrantInnen tätig. In Griechenland unterstützen einige hundert UNHCR-Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Nothilfe und arbeiten bei der Schaffung von Unterbringungsplätzen mit. In Mazedonien und Serbien versorgen wir die Menschen mit dringend notwendigen Hilfsgütern wie Decken, Regenmänteln, Hygieneartikeln etc. und haben die Behörden auch beim Aufbau der Registrierungsstellen unterstützt. Auch in Slowenien sind wir bereits in kleinerem Rahmen tätig, wir sind in den Transitunterkünften und haben DolmetscherInnen vor Ort.



Innerhalb eines Jahres ist eine Million Menschen nach Europa aufgebrochen. War das für das UNHCR so unerwartet, wie teilweise von der Politik kommuniziert?

Das war nicht unerwartet und wir haben seit Jahren davor gewarnt. Die Hilfsprogramme sind seit Jahren unterfinanziert und in den Krisenregionen dauern die Konflikte weiter an. Wir haben immer wieder darauf hingewiesen, dass die Menschen sich in Bewegung setzen werden, wenn die Lebensbedingungen für Flüchtlinge in den Nachbarländern hoffnungslos werden.

Die Nachbarländer des Syrienkonflikts - Libanon, Jordanien und Türkei – haben bisher den Großteil der Flüchtlinge aufgenommen. Der Libanon beherbergt derzeit eine Million Flüchtlinge bei vier Millionen Einwohnern. Aber die Ressourcen schwinden. Im Libanon finden Menschen, die aktuell aus Syrien fliehen, keinen Platz mehr und auch in Jordanien ist es mittlerweile für Neuankömmlinge schwer geworden. Nach einigen Jahren haben die Vertriebenen alle Ersparnisse aufgebraucht und sind vollkommen auf humanitäre Hilfe angewiesen, wenn sie im Aufnahmeland keine Möglichkeit haben, zu arbeiten. Aus jahrzehntelanger Erfahrung wissen wir auch, dass die Menschen nach drei bis fünf Jahren die Hoffnung auf Rückkehr verlieren und einen Neuanfang versuchen. Das ist der Moment, wo sie sich auf den Weg machen. Gleichzeitig sehen wir nach wie vor starke Fluchtbewegungen direkt aus Syrien.

Was uns überrascht hat, war die Dynamik. Die Statistiken zeigten bereits seit 2014 steigende Zahlen in Deutschland und Schweden. Zusätzlich gab es eine starke Verschiebung von der Mittelmeer-Route über Italien auf die Balkan-Route über Griechenland.

Was erwarten Sie für die nächsten Monate?

Wir haben in unseren Planungen für die nächsten Monate mit einem worst case-Szenario von maximal 5.000 Menschen geplant. Derzeit gibt es aber viele Unbekannte: welche Lösung wird auf EU-Ebene gefunden? Was passiert in der Türkei? Wie rasch können die Konflikte in Syrien, Irak und Afghanistan entschärft werden? Diese drei Länder zusammen haben die massive Steigerung der Asylsuchenden in Europa hervorgerufen. Angesichts der vielen Millionen Menschen in den Nachbarländern der Konflikte stellt sich aber auch die Frage, warum das die EU nicht schaffen kann, zumal ein großer Teil der Flüchtenden gar nicht nach Europa kommt.

Wie kam es, dass Ihre Appelle und Prognosen nicht gehört wurden?

Ich halte das für eine sehr menschliche Reaktion: Was uns selbst nicht direkt betrifft, ist in unserer Wahrnehmung sehr weit weg und auch die Politik reagiert nur bei unmittelbarer Betroffenheit. Das zeigt sich auch bei medienfernen Krisen, wie beispielsweise in Zentralafrika, wo wir vor noch größeren Finanzierungslücken stehen.

Was funktioniert in Österreich gut, was weniger?

Was uns sehr beeindruckt hat, war die Erstversorgung und die Logistik, die von Hilfsorganisationen gemeinsam mit Behörden, Bundesländern und tausenden Freiwilligen auf die Beine gestellt wurde. Da mussten innerhalb weniger Tage tausende Menschen versorgt werden. Da war eine Mentalität von „packen wir das an“ und sehr viel Engagement aus der Zivilgesellschaft sichtbar. Im Vergleich zu den anderen Ländern auf der Balkanroute hat Österreich schneller und besser reagiert und Kapazitäten zur Verfügung gestellt. Vielleicht



hat man hier auch mehr Erfahrung in der Nothilfe.

Das österreichische Asylsystem ist - trotz allen Verbesserungsbedarfs - im Vergleich zu anderen europäischen Systemen solide. Problematisch sehen wir aktuell die weitere Schlechterstellung der subsidiär Schutzberechtigten und die geplanten Änderungen zur Familienzusammenführung. Damit wird es subsidiär Schutzberechtigte de facto unmöglich Familienangehörige nachzuholen. Das wird in Zukunft die Integration noch massiv erschweren.

Das drängendste Problem ist derzeit die Unterbringung jener, die in Österreich einen Asylantrag stellen. Für die Durchreise sind Turnsäle und Hallen geeignet, aber auf Dauer ist das für niemanden auszuhalten. Um ausreichend Quartiere zu schaffen, müssen Bund, Länder und Gemeinden noch stärker an einem Strang ziehen, um menschenwürdige Quartieren zu schaffen.

Von Freiwilligen, die auf der Balkanroute oder in Österreich aktiv waren, haben wir mehrfach Sätze gehört wie „Wären wir nicht gewesen, hätte niemand geholfen.“

Auch für UNHCR war die Situation in Griechenland und den Balkanländern eine sehr neue und herausfordernde. Bisher gab es in Europa nur relativ kleine Büros, weil wir bis vor kurzem davon ausgegangen sind, dass die Länder die Flüchtlingssituation allein bewältigen können. Unsere großen Einsätze sind eher an den Brennpunkten, also z.B. in Syriens Nachbarländern oder in afrikanischen Ländern, wie dem Tschad oder Somalia. Dort haben wir nach wie vor Flüchtlingslager mit hunderttausenden Menschen.

UNHCR hat im Frühjahr, als die Ankünfte in Griechenland sehr stark gestiegen sind und die Flüchtlinge vollkommen unterversorgt waren,

die Entscheidung getroffen, dass wir in Griechenland als humanitäre Organisation operativ tätig werden. Damit steigen natürlich die Erwartungen an uns – während es gleichzeitig Grenzen für unseren Einsatz gibt, auch finanzieller Natur. Dass freiwillige Helfer vieles sehen, das nicht funktioniert und dann glücklicherweise auch dort anpacken, gibt es in jedem Notfall. Selbst im besten Flüchtlingslager herrscht immer ein gewisser Grad an Chaos. Die Tragik ist, dass die europäischen Länder von Beginn an so wenig gemeinschaftlichen Einsatz gezeigt haben und die Staaten auch so unterschiedlich darauf reagiert haben. Wir haben nicht Kapazitäten, um die komplette Nothilfe zu übernehmen und sehen das auch als eine Verpflichtung der einzelnen Staaten. Diese Aufgaben können und wollen wir als UNHCR den Staaten nicht abnehmen. Was wir leisten können, ist humanitäre Hilfe in Notfällen. Das muss vom jeweiligen Staat natürlich auch gewollt sein. In Ungarn wurde uns und den anderen Hilfsorganisationen zu Beginn einfach gesagt: „Wir brauchen euch nicht.“ Wie es gewesen wäre, wenn die Freiwilligen hier nicht eingesprungen wären, kann man im Nachhinein schwer sagen.

Die Zusammenarbeit mit den vielen Einzelpersonen und Gruppierungen ist auch eine Herausforderung. Als hilfreich hat sich eine gewisse Durchlässigkeit der Strukturen erwiesen, indem Freiwillige in bestehende Organisationen eingebunden werden. Anerkennung und Wertschätzung sind natürlich immer gut und nötig.

UNHCR Österreich ist dem gegenüber eine vergleichsweise kleine Organisation und daher auf Politik, Monitoring und strategische Projekte fokussiert. Momentan sind wir davon überzeugt, dass Behörden, NGOs und Zivilgesellschaft genug Kapazitäten haben, um



die aktuelle Situation zu bewältigen, daher sind wir in Österreich nicht operativ tätig.

Im Asylkontext delegiert der Staat manche Aufgaben an private Firmen. Was sind Kernaufgaben, die keinesfalls privatisiert werden sollten?

Alles was in Richtung Zwangsmaßnahmen geht, ist aus unserer Sicht eine hoheitliche Aufgabe. Das umfasst jedenfalls die Asylverfahren und die globale Verantwortung für das Wohlergehen der Betroffenen. Derzeit sind viele Betreuungs- und Versorgungsaufgaben ausgelagert, nicht nur an private Betreuungsfirmen, sondern auch an ganz klassische große und kleine NGOs, die das aus meiner Sicht sehr gut machen. Die Letztverantwortung und die Qualitätskontrolle müssen aber immer bei staatlichen Organen liegen.

Gerade zum Thema Asyl gibt es viele Mythen und Vorurteile. Wie könnte man der Bevölkerung ein Grundverständnis für Daten, Zahlen und Fakten vermitteln?

Wir, viele NGOs und Initiativen sehen es als unsere Aufgabe, die Mythen zu entkräften und eine reale Sicht auf Ursachen und Wirkungen zu vermitteln. Das gestaltet sich leider schwierig, weil es viel Falschinformation gibt. Nehmen Sie zum Beispiel die „Angst vor Überfremdung“: Gesamteuropäisch kommt ein Asylsuchender auf fünfhundert EU-Bürger. Wenn in einen U-Bahnzug mit 500 Personen eine weitere Person einsteigt, dann hat das keine Auswirkungen auf die anwesenden 500. Das müsste von Entscheidungsträgern, die viel mediale Aufmerksamkeit bekommen, auch kommuniziert werden.

Die Polarisierung zwischen Willkommenskultur und Ablehnung hat in den letzten Wochen sicher zugenommen und in beide Richtungen wird viel übertrieben. Wer am lautesten

schreit, wird von den Medien auch am meisten beachtet. Das trägt zu einer Überspitzung und zum permanenten Hype viel bei. Die Bevölkerung bekommt dadurch den Eindruck, es ginge nur mehr um Flüchtlinge und dass – überspitzt gesagt – „morgen sieben Leute in meiner Wohnung einziehen sollen“. Im Alltag nimmt jemand in Tirol oder auf der Wiener Mariahilferstraße gar nicht wahr, dass es hier Flüchtlinge gibt. Wahrnehmen konnten Sie es am Westbahnhof oder Hauptbahnhof, aber nicht im Alltag. Selbst wenn jetzt hunderttausend Menschen da wären, kennt man vielleicht einen oder zwei, weil sie zufällig in der Nachbarschaft wohnen. Dann findet man sie vielleicht sogar sehr nett.

Generell fehlt in den Medien scheinbar immer mehr die Mitte. Könnte UNHCR diese Position ausfüllen?

Unser Mandat lautet ganz klar *Flüchtlinge schützen* und als Flüchtlingsorganisation werden wir, so denke ich, auch wahr genommen, das nimmt uns eine gewisse Neutralität. Trotzdem versuchen wir natürlich, sachlich und faktenbezogen zu kommunizieren. Die Regierung könnte als vertrauenswürdige und sachlich-neutrale Mitte wahrgenommen werden.

Wenn es gelänge, die Emotionalität aus der Debatte zu nehmen und die Regierungsmitglieder dies glaubwürdig kommunizieren würden, würde sich der Großteil der Bevölkerung daran orientieren. Würde der Finanzminister deutlich erklären, wir investieren jetzt den Betrag X und das geht sich alles aus, würde das dem Thema die Emotionalität nehmen. Wir haben Milliarden in die Hypo investiert und Österreich ist nicht pleite. Für die Flüchtlinge bräuchten wir nur einen Bruchteil davon.



Kommen wir zum Thema Integration. Was ist Ihrer Ansicht nach außer Unterbringung, Spracherwerb und Arbeit besonders wichtig?

Wenn die Asylverfahren lange dauern, verliert man sehr viel. Gut wären Spracherwerb und Qualifikationscheck schon während des Asylverfahrens, da in den Monaten des Nichtstuns auch oft Qualifikation verloren gehen. Einem Asylwerber muss nicht die ganze Welt offen stehen, aber gewisse Dinge sollte er schon machen können. Hier sehen wir aktuell positive Bemühungen in diese Richtung.

Wichtig ist die Koordination der bereits bestehenden Einzelmaßnahmen. Gleich nach Anerkennung des Flüchtlingsstatus sollten die Menschen stärker begleitet werden, beginnend beim Deutschkurs über passende Schulplätze bis zur Orientierung in Österreich. Je früher und koordinierter das stattfindet, umso leichter und schneller gelingt Integration.

Ein weiteres großes Thema ist Familienzusammenführung. Stellen Sie sich vor, wie extrem belastend es ist, permanent um das Leben Ihrer Familie zu fürchten. Diese Sorge erschwert die Integration. Kinder und Familie in Österreich zu haben bietet zudem eine Vielzahl von Anknüpfungsmöglichkeiten in unserer Gesellschaft.

Ein weiteres Thema der nächsten Jahre ist die Unterstützung bei der Bewältigung von Traumata, die im Krieg und auf der Flucht erlebt wurden. Ihre Folgeerscheinungen, wie zum Beispiel Depression, Rückzug oder Aggression, können Integration massiv erschweren.

Besonders schwierig ist die Situation für subsidiär Schutzberechtigte, die derzeit nur eine Aufenthaltsdauer von zwei Jahren bekommen. Diese zeitliche Begrenzung

erschwert die Suche nach Arbeit und Wohnung. Zusätzlich wird nun der Familiennachzug für sie erschwert.

Freiwillige und Hilfsorganisationen haben im vergangenen Jahr aus dem praktischen Engagement heraus zahlreiche Ideen entwickelt und Ansätze erprobt. Jetzt liegt es an der Politik, die Weichen so zu stellen, dass diese Lösungen erfolgreich sind.

Das Interview wurde von André Martinuzzi und Sabine Eichinger im Jänner 2015 geführt.

Weitere Interviews, Workshops und Materialien finden Sie auf www.power2help.at – einer Initiative zur Vermittlung von Kompetenzen für die Erstbetreuung von Asylsuchenden und die langfristige Integration:

- ⇒ Medien und Kommunikation
- ⇒ Rollenbilder und Religion
- ⇒ Asylrecht und Institutionen
- ⇒ Erste Hilfe und Krankheitsvorsorge
- ⇒ Burnout-Prävention
- ⇒ Verstehen kultureller Besonderheiten
- ⇒ Konflikte und Gruppendynamik
- ⇒ Krisenintervention
- ⇒ Trauma-Erkennung und -Erstversorgung
- ⇒ Umgang mit Kindern und Jugendlichen